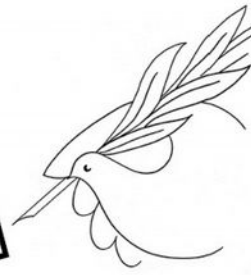
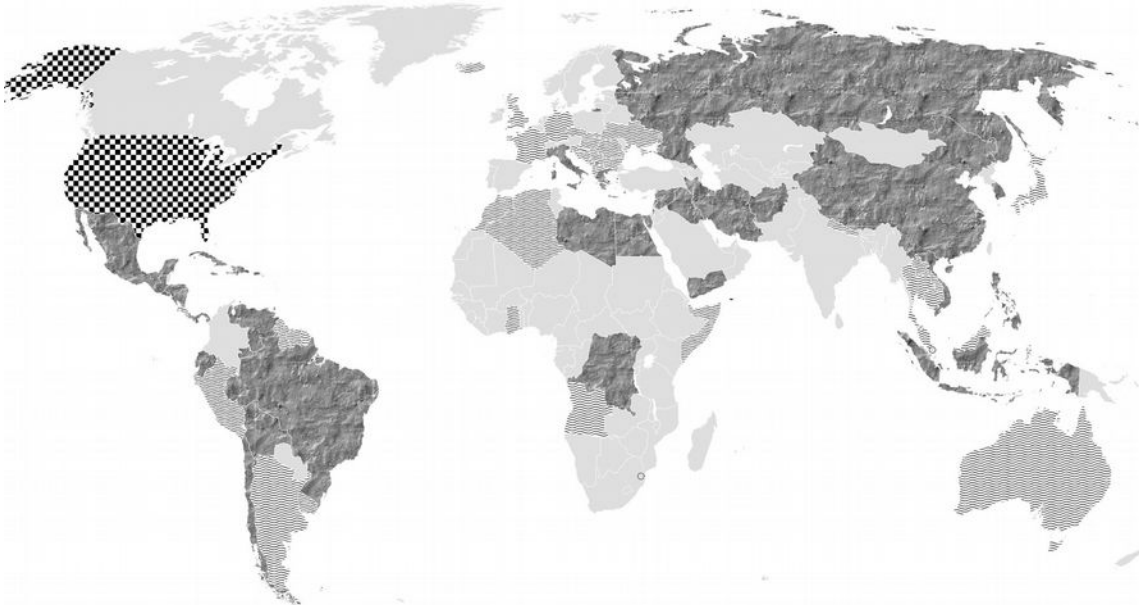


FRIEDENS JOURNAL

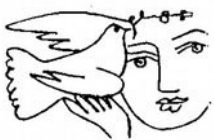


Konflikte deeskalieren statt Regime Change!



Grafik: United States involvement in regime change
Quelle: engl. Wikipedia (bearb. durch Redakt. Friedensjournal)
Muster gewellt: Wahlbeeinfluss., Graumuster: Staatsstreich und
Regime Change Interventionen soweit offiziell zugegeben

- Zum Umgang mit Russland im Spiegel der globalen US-Politik
- Regime Change im Iran durch harte Sanktionen?
- Strategie für den Regime Change in Venezuela
- Brasilien im Schockzustand
- Friedensbewegung: Gibt es ein gemeinsames Interesse an Frieden und Abrüstung?



Herausgeber:
Bundesausschuss
Friedensratschlag

Jan. - Feb. 2019/Nr. **1**

Inhalt

SCHWERPUNKT

Zum Umgang mit Russland im Spiegel der globalen US-Politik	3
Regime Change Strategie für Venezuela	8
Brasilien im Umbruch und Schockzustand	10

INTERVIEW

Regime Change im Iran durch harte Sanktionen?	6
---	---

FRIEDENSBEWEGUNG

Ist das Friedensthema übergreifend für soziale Bewegungen?	14
--	----

RUBRIKEN

Das US-Imperium überzieht die Welt mit Krieg	5
„Iranische Opposition“ oder „Terrorsekte in Europa“?	7
Amtsantritt von Bolsonaro in Brasilien	11
25 Jahre Friedensratschlag	15
Buchbesprechung: Regime Change in der Ukraine – Eine Zwischenbilanz	12
Regime Change Aktivitäten der USA ab 1945	13
Friedensratschlag 2018 – Video-Mitschnitte und Manuskripte	16

REDAKTIONELLE INFO

Redaktionsschluss dieser Ausgabe: 6.1.2019
Die nächste Ausgabe geplant für den 1.3.2019

IMPRESSUM

Das Friedensjournal erscheint 6-mal jährlich und ist zum Spendenbeitrag von mindestens 15 EUR über die Redaktionsanschrift zu beziehen.

Internetausgabe des Friedensjournals:

auf www.frieden-und-zukunft.de einschließlich digitalem Archiv ab 2010.

ISSN 2193-9233

Herausgeber:

Bundesausschuss Friedensratschlag
Germaniastraße 14, 34119 Kassel
www.friedensratschlag.de

Redaktion:

Christine Buchholz, Lühr Henken, Werner Ruf, Horst Trapp, Ewald Ziegler, V.i.S.d.P.: Karl-Heinz Peil

Redaktionsanschrift:

Friedens- und Zukunftswerkstatt e. V.
c/o Gewerkschaftshaus Frankfurt,
Wilhelm-Leuschner-Straße 69 – 77,
60329 Frankfurt am Main
e-Mail: info@frieden-und-zukunft.de

Kontoverbindung:

Friedens- und Zukunftswerkstatt e. V.
Frankfurter Sparkasse
IBAN: DE20 5005 0201 0200 0813 90
BIC: HELADEF1822

In eigener Sache:

Wir bitten die Leserinnen und Leser um Überweisung des jährlichen Soli-Beitrages von mindestens 15 €. Eine entsprechende Zahlkarte liegt in der Ausgabe für Abonnenten bei.
Leserinnen und Leser aus Baden-Württemberg zahlen direkt beim Friedensnetz.

Konflikte deeskalieren statt Regime Change!

Liebe Leserinnen und Leser,

wenn wir heute von Regime Change reden, im Sinne von äußeren Beeinflussungen zum Umsturz bestehender Verhältnisse oder unerwünschter Entwicklungen in einem Land, so gehören dazu auch propagandistische Darstellungen, mit denen die tatsächlichen Verhältnisse auf den Kopf gestellt werden. So wird in den USA bereits seit längerem eine Kampagne geführt, in der es um angeblich russische Einflussnahme auf die letzten US-Wahlen geht. Bisher haben sich diesbezüglichen Vorwürfe als heiße Luft erwiesen, während hingegen aus vielen Ländern verdeckte Geheimdienstoperationen der USA zur Beeinflussung von Wahlen dokumentiert sind.

Ein anderes Beispiel ist der von den USA seit langem erhobene Vorwurf an den Iran, dass dieser ein Hauptsponsor des internationalen Terrorismus sei, eines der Argumente für den dort anvisierten Regime Change. Dass die USA sich selbst für ihre verdeckten Operationen Terrorgruppen bedienen, ist spätestens seit dem Syrien-Krieg ein offenes Geheimnis. Auf Seite 7 dieser Ausgabe verweisen wir deshalb auf eine Terrorgruppe, die als iranische Opposition gehandelt wird.

Wichtigstes Beispiel für die Umkehrung der Realität ist aber der von USA und NATO erhobene Vorwurf an Russland, dass dieses eine aggressive Außenpolitik betreibt, die gestoppt werden müsse. Im Beitrag von Peter Becker wird deshalb die US-Politik des Regime Change bilanziert im Vergleich mit Russland, die bereits seit über 100 Jahren eine diametral entgegen gesetzte Ausrichtung hat.

Aktuell hat Russland bereits bei der ersten globalen Zuspitzung des Syrien-Krieges 2013 wegen des Einsatzes von Chemiewaffen deeskaliert, was sich bis heute fortsetzt. Aktuell erleben wir eine dramatische Veränderung der dortigen Situation, weil sich die USA in Syrien von dem dort seit mehr als 20 Jahren(!) geplanten Regime Change wohl verabschieden müssen. Dieses gilt unabhängig davon, was man von Syriens Machthaber Assad und Donald Trumps Äußerungen halten mag, dass die USA nicht mehr länger den Weltpolizisten spielen sollten.

Regime Change heißt heute zu meist: Umsturz der politischen Verhältnisse, möglichst ohne militärische Intervention von außen, sondern mit dem Anstrich einer bunten zivilgesellschaftlichen Bewegung von innen, die „Freedom and Democracy“ anstreben, aber gesponsert von finanzstarken „NGOs“ aus den USA.

Syrien ist dabei nur eines der letzten Glieder in einer langen Kette von versuchten und (meistens) erfolgreichen Umsturzversuchen durch verdeckte Aktionen, die meistens erst nach langen Jahren offiziell als solche zugegeben werden. Ein Beispiel dafür ist der Iran. Was aber die US-Politik aktuell nicht daran hindert, erneut einen gewünschten Regime Change herbei zu führen. Wir haben Mohssen Massarrat deshalb befragt, was davon zu halten ist.

In Venezuela läuft derzeit das klassische Muster unverändert weiter, trotz jahrelanger US-Bemühungen auch hier bisher ohne Erfolg. Der US-Autor Garry Leech verweist hierbei aber auf die „erfolgreichen“ Beispiele von Chile und Haiti.

Eine dramatische Änderung der politischen Situation erleben wir derzeit in Brasilien. In diesem Fall sind die Gründe eher innenpolitischer Natur, jedoch ist die Art und Weise der Wahlbeeinflussung und Manipulation mit den Mustern erfolgt, die auch für die meisten US-Einmischungen typisch sind. Achim Wahl verweist in seinem Beitrag sowohl auf die massive Unterstützung aus den USA für die neuen Rechten, wie auch auf die im Wahlkampf erfolgte Instrumentalisierung der sozialen Medien.

Bei dem 25. Friedensratschlag in Kassel spielten neben qualifizierten politischen Analysen auch Diskussionen über den Schulterschluss der Friedensbewegung mit anderen sozialen Bewegungen eine wesentliche Rolle. Wir dokumentieren in dieser Ausgabe, wie die aktuelle Aufbruchstimmung nach den Aktionen des letzten Jahr genutzt werden kann, damit das Aktionsjahr 2019 noch wesentlich mehr Menschen auf die Straße bringt und wir als Friedensbewegung sowohl mit eigenen Aktivitäten wie auch integriert in andere soziale Bewegungen in Erscheinung treten können.

Die Redaktion

Zum Umgang mit Russland im Spiegel der globalen US-Politik

von Peter Becker, Rechtsanwalt und Ko-Präsident der Internat. Association of Lawyers Against Nuclear Arms (IALANA)

Der nachfolgende Text ist ein redaktionell bearbeiteter Auszug aus dem längeren Manuskript: „Zweifel an der ‚Transatlantischen Freundschaft‘. Werden wir Russland gerecht?“, das auf www.nachdenkseiten.de am 7.12.2018 veröffentlicht wurde.

Wofür steht „Transatlantische Freundschaft“?

Dieser Begriff steht heute für ein historisch gewachsenes Konstrukt, dessen eine wichtige Aufgabe es ist – so die Arbeitshypothese –, eine Annäherung der EU an Russland und vor allem Deutschlands an Russland zu verhindern. Dafür wird seit hundert Jahren das Feindbild Russland gepflegt, während die USA als leuchtendes demokratisches und rechtsstaatliches Gegenbild herausgeputzt werden. Russland wird die Rolle des Kriegstreibers zugeschoben.

Die USA sind ein Gegenbeispiel, dem sie aber historisch eigentlich nur mit dem Sieg gegen den Hitler-Faschismus, den Nürnberger Prinzipien und der Gründung der UN gerecht geworden sind. Denn dagegen steht ein ungleich mächtigerer Strang von völkerrechtswidrigen Interventionen und Kriegen, dazu wirtschaftlich unverantwortliche Verhaltensweisen und jetzt Trumps klimapolitischer Irrsinn.

Das vertraute Bild der USA wird, beginnend mit dem 20. Jahrhundert, von idealistischen Präsidenten geprägt. Die Realpolitik bestimmen aber bellizistische Kräfte. Auch die innere Verfassung der USA, der ‚weltweit ältesten Demokratie‘, stellt sich genau betrachtet anders als gewohnt dar; ebenso die reale Verfassung des amerikanischen Rechtsstaats.

Ein verzerrtes Bild wird auch von Russland gezeichnet: Russland hat sich schon gegen Ende des 19. Jahrhunderts friedenspolitisch engagiert und dieses Verhalten schon vor dem Ende des Kalten Krieges vorangetrieben; erst recht danach. Aber diese Verhaltensweisen werden kaum wahrgenommen.

US-Interventionen als Doktrin

seit 1823

Mit der Doktrin des amerikanischen Präsidenten Monroe (1823) wurde zugesichert, dass sich die USA nicht in europäische Konflikte einschalten wollten. Im Gegenzug reklamierten die USA die Nichteinmischung Europas in amerikanische. Die südamerikanischen Staaten wurden praktisch zum Vorhof der USA, nachdem diese zahlreiche Staaten erobert hatten, etwa Texas, Kalifornien, Neu-Mexiko, Arizona, Nevada, Utah: Mexiko verlor etwa die Hälfte seines bisherigen Staatsgebietes. Auch im 20. Jahrhundert wurde diese Politik fortgesetzt, insbesondere nach 1948 auf Basis der Truman-Doktrin in zahlreichen Fällen:

- 1953 stürzt die CIA den gewählten Ministerpräsidenten Mossadegh im Iran, der die Verstaatlichung des iranischen Öls durchgesetzt hatte
- 1954 organisierte die CIA eine Söldnerinvasion gegen Guatemalas Präsidenten Guzmán, der vor allem eine durchgreifende Landreform durchsetzen wollte.
- 1961 bis 1964 beteiligten sich die USA in Form der CIA laufend an den innenpolitischen Auseinandersetzungen der Demokratischen Republik Kongo und organisierten die Ermordung von Staatschef Patrice Lumumba.
- 1963 wurde in der Dominikanischen Republik nach dem Sturz der Trujillo-Diktatur 1961 der Linkspolitiker Juan Bosch von rechtsgerichteten Militärs mit Hilfe der CIA gestürzt.
- 1964 bombardierten die USA Laos; die Intervention wird als der ‚geheime Krieg‘ bezeichnet.
- Ebenfalls 1964 wurde in Brasilien mit logistischer Unterstützung durch die CIA der links gerichtete Präsident João Goulart gestürzt.

Aber das ist nur eine Auswahl: Der ehemalige Bedienstete des US-Foreign-Office William Blum listet in seinem Buch „Zerstörung der Hoffnung“ („Killing Hope“, erstmals 1987; in deutscher Sprache erschienen 2008) 55 bewaffnete Interventionen der USA und der CIA seit dem Zweiten Weltkrieg auf.

[Anmerkung der Redaktion: Siehe Zusammenstellung von US-Interventio-

nen auf Seite 13 dieser Ausgabe zum Vergleich].

1997: „Project for the New American Century (PNAC)“

Dieses Projekt wurde von William Kristol und Robert Kagan gegründet. William Kristol ist Neo-Konservativer, der sich leidenschaftlich für Israel einsetzt und für die militärisch gestützte Hegemonie der USA sowie für die umfassende Revision des Völkerrechts eintritt. Weitere Gründer sind Dick Cheney, Donald Rumsfeld, Paul Wolfowitz, Richard Perle, John Bolton.

Man muss sich sein Manifest ansehen (Wikipedia), empfehlenswert ist die englische Version: Es ist die Proklamation einer US-Weltherrschaft, gestützt auf militärische Macht. Der Irak-Krieg wird angekündigt. Geradezu herbeigefleht wird ein großes Ereignis wie Pearl Harbor, von dem sich der PNAC einen Aufbruch verspricht. Viele sehen darin eine Vorwegnahme von 9/11.

1999: Der Krieg gegen Jugoslawien

Zwischen dem 24. März und dem 10. Juni 1999 bombardierte die NATO – besser: die USA – Jugoslawien. Denn die gesamte Zielbestimmung lag in den Händen der US-Amerikaner, was zu Beschwerden der europäischen NATO-Partner führte. ‚Aus Versehen‘ wurde auch die chinesische Botschaft getroffen.

Auslöser des Krieges war der letztlich militant gewordene Aufstand der ‚Befreiungsorganisation‘ der albanischen Kosovaren UCK, die für ein autonomes, Albanien-orientiertes Kosovo kämpften. Die Bundestagswahl im Herbst 1998 hatten die SPD und die Grünen gewonnen. Die US-Außenministerin Madeleine Albright bestellte den kommenden Bundeskanzler Gerhard Schröder und seinen kommenden Außenminister Joschka Fischer nach Washington, um sie auf den Krieg einzuschwören. Motiv war die Angst Albrights vor den anfänglich auch von Fischer geäußerten Absichten, aus der NATO auszutreten.

Der Mitgründer des PNAC, Robert Kagan (Ehemann von Victoria Nuland, US-Botschafterin bei der EU), schrieb dazu in seinem Buch *„Macht und Ohnmacht. Amerika und Europa in der Neuen Weltordnung“* (2003), nur die NATO sei „der Westen“. Sehr kritisch betrachtete Kagan europäische Bemühungen, eine Alternative zur NATO aufzubauen.

In der Abwehr dieser Gefahr sah Kagan den wesentlichen Grund für den Jugoslawien-Krieg: Auf dem Balkan hätten keine „*nationale Interessen*“ auf dem Spiel gestanden. Ein Hauptziel der amerikanischen Intervention sei der Zusammenhalt des Bündnisses gewesen.

Der Krieg gegen Jugoslawien war völkerrechtswidrig, weil eine Ermächtigung des Sicherheitsrates und eine Selbstverteidigungssituation nicht vorgelegen hatten. Der erste deutsche Kriegseinsatz nach 1945 war daher illegal. Die völkerrechtliche ‚Rechtfertigung‘, es habe sich um eine ‚humanitäre Intervention zwecks Verhütung eines Völkermordes‘ gehandelt, war an den Haaren herbeigezogen.

2001: Der Afghanistan-Krieg

Bush begann nach 9/11 die ‚Operation Enduring Freedom‘ (OEF) gegen Afghanistan: völkerrechtswidrig, weil Afghanistan die USA nicht angegriffen hatte. Aber der Afghanistan-Krieg war der schon vom PNAC konzipierte Beginn des „Krieges gegen den Terror“; einer völkerrechtswidrigen Kriegsstrategie, die dadurch gekennzeichnet ist, dass sich die USA anmaßen, Krieg gegen einen Staat oder eine Gruppierung zu führen, die sie zuvor einseitig als ‚terroristisch‘ bezeichnet haben: Damit wird ein militärisches Interventionsrecht beansprucht (Bush-Doktrin).

2003: Der dritte Irak-Krieg

2003 begann Präsident George W. Bush den Dritten Golf-Krieg; mit der Begründung, Saddam Hussein entwickle Massenvernichtungswaffen. Das stellte sich als Lüge heraus. Der Krieg endete mit der Ermordung Saddams Husseins. Er wird als klar völkerrechtswidrig eingestuft, weil er kein Verteidigungs-, sondern ein Angriffs-

krieg war und keine zum Krieg ermächtigende Resolution des Sicherheitsrates vorlag.

„Farben-Revolutionen“

Die öffentliche Kritik an den von der CIA gesteuerten Interventionen nahm ständig zu. CIA-Abtrünnige und Whistleblower wie L. Fletcher Prouty und Victor Marchetti hatten Einzelheiten zur verdeckten CIA-Finanzierung internationaler Studentenorganisationen veröffentlicht. Sie waren als ehemalige CIA-Angehörige oder -kenner in hohem Maße glaubwürdig. Oliver Stone, berühmter Regisseur, setzte Prouty ein Denkmal als Mr. X in seinem Kennedy-Film. Das führte zur Einsetzung der Rockefeller-Kommission, die die CIA auf rechtswidrige Aktivitäten hin untersuchen sollte. Die brisantesten 86 Seiten des Reports wurden allerdings von Dick Cheney vernichtet, damals Stabschef des Weißen Hauses. Als Ausweg gründeten CIA-Direktor Casey und Helfer eine Organisation, die sie ‚National Endowment for Democracy‘ (NED) nannten.



**National Endowment
for Democracy**

Supporting freedom around the world

Grafik: Logo von Homepage

Das NED, unterstützt von den Soros-Stiftungen, finanzierte und bildete NGOs aus, deren Aufgabe es war, ausgehend von durchaus berechtigten Protestbewegungen Umstürze zu organisieren; so etwa Otpor (Serbisch: Widerstand). Sie war eine studentische Oppositions-NGO, die von Washington erschaffen und nach Serbien hineingetragen wurde. Sie konnte schließlich den Sturz von Slobodan Milošević erreichen. Sogar Kriege wie die in Bosnien waren provoziert: „Der Krieg in Bosnien war in jeder Hinsicht ein amerikanischer Krieg. Die Regierung der Vereinigten Staaten hat ihn angestiftet, am Laufen gehalten und ein frühes Ende verhindert“ (Sir Alfred Sherman, Berater von Premierministerin Margaret Thatcher).

Auch die ‚Orangene Revolution‘ in der Ukraine, die ‚Rosen-Revolution‘ in Georgien oder die ‚Tulpen-Revolution‘ in Kirgisien verliefen nach diesem Muster.

Die Revolutions-GmbH

Wie macht man eine Revolution? Was in Jugoslawien 2000 passierte, in Georgien 2003, in der Ukraine 2004 wirkte wie ein spontaner Volksaufstand gegen Autokraten. In Wahrheit war vieles sorgfältig geplant - von Studentenführern und ihren vernetzten Organisationen. Sie scheuten auch amerikanische Hilfe nicht. Welches Regime wird ihr nächstes Opfer? [...]

Was in Jugoslawien, in Georgien und der Ukraine, danach noch im zentralasiatischen Kirgisien passiert ist, hatte verblüffende Parallelen und sah jeweils aus wie ein spontaner Aufstand: riesige Versammlungen an zentralen Plätzen, eingängige Sprechchöre, spöttische Plakate und Aufkleber gegen die Herrschenden. Eine lockere, fast volksfesthafte, ganz und gar nicht provokative Atmosphäre, die es selbst hartgesottenen Autokraten unmöglich machte, in die Menge schießen zu lassen. [...]

Benötigt die Revolutions-GmbH für ihren Kampf nicht erhebliche Geldmittel, und stammen diese nicht häufig von regierungsnahen amerikanischen Stiftungen, gelenkt von Neokonservativen oder, wie Freedom House und das International Republican Institute, gar von Politikern mit CIA-Verbindungen? Müssen die Demokratiemacher nicht fürchten, instrumentalisiert oder gar ferngesteuert zu werden?

Quelle: DER SPIEGEL / 14.11.2005

US-Politik und Völkerrecht

Die USA können durchaus als einer der Begründer des modernen Völkerrechts angesehen werden. Beispiele: Der Völkerbund, die UNO, die Nürnberger Prinzipien. Es gibt aber zahlreiche Beispiele, bei denen es die USA nicht nur ablehnen, neugeschaffenen völkerrechtlichen Regelwerken beizutreten, sondern sie kommen auch ihren rechtlichen Verpflichtungen aus ratifizierten völkerrechtlichen Vereinbarungen nicht nach.

Beispielsweise verpflichtet der Atomwaffensperrvertrag auch die USA in Artikel VI, „*in redlicher Absicht Verhandlungen über wirksame Maßnahmen zur Beendigung des nuklearen Wettrüstens in naher Zukunft und zur*

nuklearen Abrüstung zu führen“. Aber in ihrem Grundsatzdokument zur militärischen Nuklearstrategie vom Januar 2002 legen die USA fest, dass sie für unbegrenzte Zeit über eine schlagkräftige und modernisierte Nuklearstreitmacht verfügen wollen. Seither werden viele Milliarden Dollar in die Modernisierung der US-Atomwaffen gesteckt.

Opportunistisches Völkerrechtsverständnis

Außenpolitisch halten sich die USA nicht an das Völkerrecht, sondern vertreten ein opportunistisches Völkerrechtsverständnis. Das war auch unter Obama so, wie sein Drohnenkrieg zeigt. Die Wünsche des militärisch-industriellen Komplexes bestimmten die Rüstung, so Eisenhower. Er brachte folgendes Beispiel: Der National Security Council steigerte den Militäretat um 350 Prozent mit der Behauptung, die Sowjetunion könne die USA mit Atomwaffen in einem Überraschungsangriff in Schutt und Asche legen. Das war reine Spekulation. Dasselbe gilt noch heute: Russland hat einen Militäretat von 66 Milliarden Dollar, allein die USA das Zehnfache davon, alle NATO-Staaten zusammen das Zwanzigfache. Trotzdem simuliert die NATO in riesigen Manövern die Verteidigung gegen einen Angriff Russlands, obwohl der reiner Irrsinn wäre.

Russlands Außenpolitik: Eine gegenteilige Kontinuität

Bereits die Haager Friedenskonferenzen wurden aufgrund der Anregung des russischen Zaren Nikolaus II. und auf Einladung der niederländischen Königin Wilhelmina 1899 und 1907 in Den Haag einberufen und sollten der Abrüstung und der Entwicklung von Grundsätzen für die friedliche Regelung internationaler Konflikte dienen.

Putin 2001: Partnerschafts-Angebot im Bundestag

Putin hielt am 25. September 2001 vor dem Deutschen Bundestag eine Rede, in der er bekräftigte, Russland verstehe sich als europäisches Land, und warb für Gorbatschows Vision vom „Aufbau des europäischen Hauses“. Ein Hauptziel sei „der stabile Frieden auf dem Kontinent [...] Wie bekannt, haben wir den Vertrag über das allgemeine Verbot von Atomtests, den Vertrag über die Nichtverbreitung von Kernwaffen, die Konvention über das Verbot von biologischen Waffen sowie das START II-Abkommen ratifiziert. Leider folgten nicht alle NATO-Länder unserem Beispiel.“

Putin 2007: Kritik an doppelte Standards der NATO

In seiner Rede auf der Münchener Sicherheitskonferenz 2007 prangerte Putin das zweierlei Maß des Westens an: „Ich habe jedenfalls verstanden, dass die Anwendung von Gewalt nur dann als legitim gilt, wenn sie auf der Grundlage einer Entscheidung der

NATO, der EU oder der UNO basiert.“ Er zählte die mit den USA vereinbarten Abrüstungsverträge auf, machte aber darauf aufmerksam, dass beispielsweise der INF-Vertrag keinen „universellen Charakter“ erhalten habe: „Die Koreanische Volksdemokratische Republik, die Republik Korea, Indien, Iran, Pakistan, Israel“ hätten solche Waffen. Und vor allem sagte er: „Die NATO-Erweiterung ist ein provozierender Faktor.“ Er erinnerte an die Zusagen, die der Sowjetunion anlässlich des Zwei-Plus-Vier-Vertrages gegeben wurden, und sprach die Zusammenarbeit in WTO und OSZE an.

Einstellung zu Russland muss überdacht werden

Nicht erst seit Trump handeln die USA in großem Umfang völkerrechtswidrig, während Russland sich klar völkerrechtsfreundlicher aufgestellt hat. Trump handelt sowohl wirtschaftlich wie außenpolitisch in hohem Maße aggressiv. Russland kann sich demgegenüber Aggressionen – etwa gegen die baltischen Staaten – gar nicht leisten: Es ist militärisch der NATO auch nicht annähernd ebenbürtig, was am Verhältnis der Militärausgaben deutlich wird.

Deutschland sollte daher im Sinne des Friedensgebotes des Grundgesetzes als Vermittler zwischen Europa und Russland wirken, was allerdings voraussetzt, dass es seine Rolle grundlegend revidiert.

Das US-Imperium überzieht die Welt mit Krieg

Redaktion der Nachdenkseiten: Analyse einer Rede von Wesley Clark, Vier-Sterne-General a.D. der US-Army. In 1997-2000 war er Oberbefehlshaber der Nato-Streitkräfte in Europa (SACEUR) und befehligte in 1999 im Kosovokrieg. 2004 versuchte Wesley Clark, demokratischer Präsidentschaftskandidat zu werden.

Die Kriege der USA im Nahen und Mittleren Osten sind von langer Hand geplant. Schon spätestens seit 1991. Die Planung von Krieg und Regime Change lief unbeeindruckt von der Verabredung von 1990, ein System der gemeinsamen Sicherheit in Europa aufzubauen. Jedem nachdenkenden Menschen musste klar sein, dass eine imperiale Politik im Nahen und Mittleren Osten auch für Europa negative Auswirkungen haben wird. [...]

Von 2001 stammt die Notiz aus dem Büro des US-Verteidigungsministers: „Wir werden 7 Länder angreifen und deren Regierungen innerhalb von 5 Jahren stürzen.“ [...]

Antreiber in dieser Sache war eine Gruppe um Wolfowitz, Cheney und Rumsfeld. [...] Die Politik der USA war allerdings nicht auf die genannten neokonservativen Personen beschränkt. Es ging auch bei Obama so weiter. Und Hillary Clinton liegt auf dieser Linie.

Dessen ungeachtet wird in der öffentlichen Debatte und in der Politik hierzulande so getan, als wäre zum Beispiel der Syrien-Krieg die Folge der Herrschaft eines Diktators und/oder das Produkt russischer Expansionsucht. Er ist Zeichen der imperialen Absichten der USA. [...]

Interessanter Nebenaspekt: Die USA haben im ersten Irakkrieg getestet, ob sich Russland bzw. die Sowjetunion heraushalten. Die agierenden Personen haben das mit Genugtuung festgestellt. Umso empört sind sie heute über das Engagement Russlands zum Beispiel in Syrien und im Iran. Das passt nicht mehr ganz in die imperiale Planung.

Quelle: Nachdenkseiten.de – 18.12.2018

Regime Change im Iran durch harte Sanktionen?

Interview mit Mohssen Massarrat, emer. Professor für Sozialwissenschaften, Osnabrück



Screenshot aus einem Interview
Quelle: www.weltnetz.tv

FJ: Wodurch ist der iranisch-israelische Konflikt entstanden und welche der beiden Seiten hat tatsächlich Gründe dafür, sich bedroht zu sehen?

M.M.: Der iranisch-israelische Konflikt entstand einerseits dadurch, dass der Iran sich nach der Islamischen Revolution klar gegen die israelische Besatzung Palästinas positionierte, und andererseits, weil Israel mit seinem Atomarsenal als einzige Atommacht im Mittleren und Nahen Osten eine nukleare Bedrohung auch für den Iran darstellte. Insofern kann man von einer beidseitigen Bedrohung sprechen, die der Sturz der Monarchie im Iran hervorrief. Es ist überdies auch offensichtlich: Israel als einzige Atommacht im Mittleren und Nahen Osten hat mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit bei der Entstehung des iranischen Atomprogramms eine zentrale Rolle gespielt. Ungeachtet dieser Tatsache haben die USA und die EU – anstatt im Sinne einer den Konflikt entschärfenden Strategie und der Eindämmung nuklearer Weiterverbreitung den Weg zu einer regionalen atomwaffenfreien Zone einzuschlagen – sich dafür entschieden, einseitig Iran als eine neue regionale Atommacht zu verhindern und damit das Atommonopol ihres Verbündeten Israel aufrechtzuerhalten.

FJ: Wie wahrscheinlich ist dabei eine militärische Eskalation?

M.M.: Israel unterstützt, seit Iran den Aufbau eines eigenen Atomprogramms aufgenommen hat, alle Bemühungen der USA zu einem Regime Change im Iran. Inzwischen hat sich auch Saudi Arabien in derselben Richtung voll auf der israelischen Seite hinzugesellt. Beide Staaten sehnen sich ohne Zweifel nach einem Regime Change im Iran, notfalls auch durch einen

Krieg. Doch sie trauen sich selbst auf keinen Fall zu einem Alleingang zu diesem Schritt. Sie würden sich jedoch lieber heute als morgen an einem US-Krieg gegen den Iran beteiligen. Rein theoretisch wäre auch denkbar, dass Israel oder Saudi Arabien einen kriegerischen Alleingang provozieren, allerdings in der Hoffnung, dass dann den USA nichts anderes übrig bleibt, als nachzuziehen.

Ob sich jedoch die USA trotz der Kriegsbefürworter John Bolton und Mike Pompeo im Trump-Team zu einem Krieg gegen den Iran in der Lage sehen und einen solchen Krieg mit allen seinen Folgen auch wirklich wollen, steht auf einem anderen Blatt. Es ist ziemlich klar, dass die US-Machteliten im Umkreis des militärisch industriellen Komplexes einen solchen Krieg entschieden anstreben. Trump selbst entfernt sich jedoch offensichtlich immer stärker von einem Krieg gegen den Iran. Es wäre auch höchst widersprüchlich, den Rückzug des US-Militärs aus Syrien und Afghanistan anzukündigen und gleichzeitig einen Krieg gegen den Iran anzustreben. Mit seiner Äußerung im Dezember 2018, die USA seien nicht der Weltpolizist im Mittleren Osten, signalisierte Trump jedenfalls andere Ziele als einen neuen Krieg. Durch die Zuspitzung des Atomkonflikts mit Iran und den massiven Rüstungsexporten an Saudi Arabien und Israel hat Trump die Rüstungsindustrie vorerst mit genügend Aufträgen versorgt und seinen Wählern neue Arbeitsplätze beschert. Das neue Wettrüsten im Mittleren Osten hat damit ohnehin reichlich Nahrung erhalten, die Spirale von Öl gegen Waffen ist also für weitere Jahre in Gang gesetzt. Insofern kann auch ein Krieg gegen den Iran auf unbestimmte Zeit verschoben werden. Das ist auch vielleicht der Grund für das betretene Schweigen von Israel und Saudi Arabien gegenüber der neuen Trump-Politik.

FJ: Donald Trump setzt offenbar darauf, dass die im November 2018 eingeleitete zweite Etappe der Wirtschafts- und Finanzsanktionen den Iran in die Knie zwingen werden. Wie realistisch ist das?

M.M.: Der Iran hat mit US-Sanktionen seit der Islamischen Revolution 1979 langjährige Erfahrungen. Selbst Obama hatte gegen iranische Ölexporte Sanktionen verhängt, die erst nach dem Inkrafttreten des Atomabkommens aufgehoben wurden. Zwar muss jetzt damit gerechnet werden, dass Irans Ölexporte von ca. 3 Millionen Barrel am Tag – übrigens ähnlich wie damals schon durch Obamas Sanktionen – auf die Hälfte schrumpfen werden. Zu einer vollständigen Austrocknung der Öleinnahmen für das Land wird es aller Wahrscheinlichkeit nach jedoch nicht kommen. Für diese Annahme spricht auch die Tatsache, dass selbst in der gegenwärtigen harten Sanktionsetappe acht Staaten, darunter Japan, Indien, Südkorea und damit die wichtigsten Importeure des iranischen Öls, von den Sanktionen ausgenommen sind – offensichtlich unter dem Druck von moderaten Kräften im Trump-Team selbst oder durch Einflussnahme der europäischen Verbündeten der USA. Trotz seiner Ankündigung zum militärischen Rückzug aus Syrien und aus der Region insgesamt, wird Trump ziemlich sicher seine Politik der Schwächung der islamischen Republik durch ökonomische Sanktionen und politische Subversion fortsetzen und die Dauerkrise im Iran weiter puschen.

FJ: Politische Unruhen gegen die Elite der Islamischen Republik flackerten ja in der Vergangenheit wiederholt auf. Die neuen Sanktionen dürften sicherlich die Unzufriedenheit in der Bevölkerung wieder anheizen. Welche innenpolitische Entwicklung kann sich daraus ergeben?

M.M.: Die Unzufriedenheit der überwältigenden Mehrheit der iranischen Bevölkerung schreit zum Himmel, nicht wegen der neuen US-Sanktionen, sondern vor allem wegen der neoliberalen Politik der Umverteilung von unten nach oben und wegen der grassierenden Korruption. Seit Monaten erlebt die islamische Republik eine anhaltende Streikwelle, weil zahlreiche staatliche und private Unternehmen die Löhne der Beschäftigten nicht zahlen können. Auf Grund fehlender politischer Alternativen schlägt sich die massive Unzufriedenheit der Bevölkerung nicht in einer wirksamen Oppositionspolitik gegen die Machteliten des

Landes nieder. Denkbar ist aber eine erneute spontane Rebellion, die sich flächendeckend und massiv ausbreiten könnte. In einem solchen Fall rechne ich damit, dass die Pasdaran, die mächtigen Revolutionsgarden der islamischen Republik, mit der Rückendeckung des Revolutionsführers die gewählte Regierung absetzen und selbst Regierungsaufgaben übernehmen, um mit ein paar Reformchen die Gemüter zu beruhigen und die schlimmsten ökonomischen und sozialen Folgen der Politik des Präsidenten Rouhani zu beheben. Diese Alternative dürfte jedoch in erster Linie der Systemstabilität dienen und mit neuen Repressionen gegen die ohnehin sehr schwache Opposition einhergehen. Die realen Machtverhältnisse lassen so oder so einen echten Regime Change von innen kaum zu.

FJ: Welche Rolle könnten Deutschland und die EU bei diesem Konflikt

noch spielen? Oder ist die EU faktisch bereits völlig eingeknickt gegenüber der US-Politik?

M.M.: Es dürfte Trump schwerfallen, in den USA einen innenpolitischen Konsens für einen Krieg gegen Iran herzustellen, wenn klar ist, dass er sich eine massive Ablehnung der EU einhandeln würde. Deshalb müsste die EU schon jetzt erklären, dass sie einen Krieg gegen Iran ablehnt und sich nicht an ihm beteiligen wird.

Schließlich und endlich wäre es anlässlich des Konflikts um das Iran-Atomabkommen angebracht, dass die EU ankündigt, alsbald die UN-Konferenz für eine von Massenvernichtungswaffen freie Zone im Mittleren und Nahen Osten zu reaktivieren, die 2012 durch die USA und Israel blockiert worden war. Dafür müsste allerdings erst der Strukturfehler des UN-Beschlusses behoben werden, wonach die Teilnahme aller betroffenen Staaten zur Voraussetzung der Konfe-

renz gemacht worden war. Diese Vorbedingung wurde jedoch durch die USA und Israel als Veto zur Verhinderung der Konferenz missbraucht. Deshalb müsste diese Bedingung, die zur Selbstblockade führt, ersatzlos gestrichen werden. Stattdessen müsste die Konferenz zunächst durch die Teilnahme von willigen Staaten beginnen, um dann, in einem späteren Stadium, sämtliche betroffene Staaten einzubeziehen.

Diese Perspektive bietet sich auch geradezu für die Aufarbeitung und Regelung vieler anderer Konflikte im Mittleren und Nahen Osten an, beispielsweise den Syrienkonflikt. Damit könnte der seit langem von außen in die Region hineingetragenen Politik der Spaltung und Vertiefung von religiösen und ethnischen Feindschaften, des regionalen Wettrüstens und zahlreicher Kriege endlich ein Ende gesetzt werden.

Interviewfragen: Karl-Heinz Peil

"Iranische Opposition" oder "Terrorsekte in Europa"?

Über die Volksmudschahedin (MEK/MKO), ihre Umsturzpläne und Unterstützer – auch in Deutschland aktiv

Am 30. Juni 2018 fand im Pariser Umland die jährliche Großveranstaltung des sogenannten "Nationalen Widerstandsrates (NWRI)" Irans statt. Maryam Rajavi, die Präsidentin der Organisation, die schon zum Nourouz (Neujahrsfest) zu "einem Jahr voller Aufstände bis zum Sieg" in Iran aufgerufen hatte, bekräftigte die Pläne zum Umsturz in Iran und ihren Anspruch auf die Gründung einer "provisorischen" Regierung.

Der "Nationale Widerstandsrat" ist das selbsternannte, ohne demokratische Legitimierung gegründete, "Exilparlament" Irans und nach Einschätzung des Bundesverfassungsschutzes der "politische Arm" der der militantesten iranischen Widerstandsgruppe, der Volksmodjahedin Iran [...] zu Shah-Zeiten eine der Widerstandsgruppen in Iran. Im Gegensatz zur Mehrheit des Widerstandes setzten sie auch auf Gewalt.

Sie verübten Anschläge gegen Iraner und US-Staatsbürger. Ihre blutigen Terrorakte setzten sie fort, als sie nach der Revolution nicht an der Macht beteiligt wurden. Schließlich gingen sie ins Exil und kämpften für den irakischen Diktator Saddam Hussein gegen Iran und gegen die irakische kurdische Bevölkerung. Sie verübten in mehreren Ländern Terroranschläge auf iranische Einrichtungen.

Die Verbindungen der Organisation in die USA sind besonders bemerkenswert, waren doch in der Vergangenheit US-Militärs und Mitarbeiter amerikanischer Firmen unter den Opfern des Terrors der MEK, so das US-Außenministerium.

Von der Führung der MEK wurde die Verantwortung für diese Attentate zurückgewiesen und eine Abspaltung dafür verantwortlich gemacht.

Auch an der Besetzung der US-Botschaft in Teheran waren die MEK beteiligt. Sie attackierten die Liegenschaften amerikanischer Firmen in Iran und waren nach Angaben des US-State-Departments für eine "Schneise des Terrors" und den Tod von Tausenden iranischer Zivilisten verantwortlich.

Die MEK musste Iran in den 1980er Jahren verlassen, nachdem sie infolge von Terroranschlägen gegen hochrangige Politiker und Persönlichkeiten verfolgt wurde. Ihre Basis im iranischen Volk verlor die Terrorgruppe endgültig, als sie unter dem irakischen Diktator Saddam Hussein gegen ihr Heimatland kämpfte. [...]

Die sektenartige Struktur dieser Gruppierung mit einer Mischung aus Islam und Marxismus und einem extremen Personenkult um das Führehepaar Massoud und Maryam Rajavi verhinderten nicht, dass die Gruppierung dank intensiver Lobbyarbeit in der EU und schließlich auch in den USA von der Terrorliste genommen wurde. In einem Bericht der Zeit von August 2010 heißt es aber noch: "Die Organisation behauptet, Gewalt mittlerweile abzulehnen, kann aber keine Schriften oder Entscheidungen vorweisen, aus denen das hervorgeht."

Nachdem die MEK nach dem Sturz Saddam Husseins schließlich auch den Irak verlassen mussten, wurde ein Großteil der dort lebenden Mitglieder mit Unterstützung der UN-Flüchtlingsorganisation UNHCR in Lager nach Albanien umgesiedelt, die letzten im Jahr 2016. [...]

Dass Mitglieder des militanten Zweiges der Organisation in ein europäisches Land umgesiedelt wurden und dort offenbar unkontrolliert ihren Aktivitäten nachgehen können, ist höchst besorgniserregend.

Quelle: Telepolis - 3.10.2018 (Inge Kilicaslan)

Strategie für den Regime Change in Venezuela

von Garry Leech, US-Journalist und Autor

Dieser Beitrag ist eine redaktionell gekürzte Fassung der deutschen Übersetzung, die am 11.12.2018 bei Rubikon.news veröffentlicht wurde.

Washingtons Strategie des Regimewechsels in Venezuela ist fast identisch mit dem Ansatz, den es bei zahlreichen Gelegenheiten seit dem Zweiten Weltkrieg verfolgt hat. Diese Strategie beinhaltet die Anwendung wirtschaftlicher Sanktionen, umfangreiche Unterstützung der Opposition sowie destabilisierende Maßnahmen, die ein ausreichendes Maß an menschlichem Leid und Chaos verursachen, um einen Militärputsch oder eine direkte militärische Intervention durch die USA zu rechtfertigen. Da diese Strategie für die USA mehr als ein halbes Jahrhundert lang so gut funktioniert hat, sehen unsere gewählten führenden Politiker keinen Grund, sie gegenüber Venezuela nicht anzuwenden.

Ungeachtet der US-Rhetorik nimmt diese Regimewechsel-Strategie keine Rücksicht darauf, ob eine Regierung demokratisch gewählt wurde oder welche menschenrechtlichen Konsequenzen solche Einmischungen nach sich ziehen. Tatsächlich waren nahezu alle lateinamerikanischen Regierungen, die die USA in den vergangenen 65 Jahren erfolgreich gestürzt hat, demokratisch gewählt.

Unter den demokratisch gewählten Präsidenten, die abgesetzt wurden, waren Jacobo Arbenz 1954 in Guatemala, Salvador Allende 1973 in Chile, Jean Bertrand Aristide 2004 in Haiti und Manuel Zelaya 2009 in Honduras. Washington attackierte diese Staatsführer mit Wirtschaftssanktionen und Destabilisierungs-Kampagnen, die das wirtschaftliche Chaos und die humanitären Krisen verursachten, die man als Rechtfertigung für eine militärische Lösung benötigte.

Der gemeinsame Nenner in all diesen Fällen hatte nichts mit Demokratie oder Menschenrechten zu tun; vielmehr war es die Tatsache, dass die gewählten Regierungen die Dreistigkeit besaßen, US-Interessen in der Region infrage zu stellen. Dass eine

lateinamerikanische Regierung die Interessen seiner eigenen Bevölkerung über die Bedürfnisse der USA stellen könnte, ist in Washington inakzeptabel.

Diese Haltung wurde von CIA-Direktor George Tenet während einer Anhörung vor dem Geheimdienstausschuss des Senats im Februar 2002 zur Schau gestellt, als er arrogant behauptete, Venezuelas Präsident Hugo Chavez „liegen möglicherweise nicht die Interessen der USA am Herzen“. Zwei Monate später unterstützte Washington einen Militärputsch, der darauf abzielte, den venezolanischen Präsidenten zu entmachten.

Sanktionen gegen Venezuela

Der gescheiterte Militärputsch war der erste große US-gestützte Versuch, Präsident Chavez nach seinem Wahlsieg im Jahr 1998 zu stürzen. Nach dem Putsch setzte Washington seine Anstrengungen fort, in Venezuela eine Regierung einzusetzen, der „die Interessen der USA am Herzen liegen“ würde. Die Unterstützung von Oppositionsgruppen wurde durch eine Aufstockung der Mittel für USAID-Programme im Land verstärkt, mit dem Ziel, die Bevölkerung gegen die Regierung aufzubringen.

Im Jahr 2015 unterzeichnete Präsident Obama ein Dekret mit Sanktionen, in dem es lächerlicher Weise hieß, Venezuela sei eine „außergewöhnliche Bedrohung für die nationale Sicherheit“ der USA. Zwei Jahre später verkündete Präsident Donald Trump, er schlosse eine „militärische Option“ für Venezuela nicht aus. Zusätzlich verschärfte er die Sanktionen, um es der Regierung zu erschweren, die Wirtschaftskrise des Landes in den Griff zu bekommen.

Sie verbieten u.a. dem in den USA ansässigen Kraftstoff-Unternehmen CITGO, das der venezolanischen Regierung gehört, Dividenden oder Gewinne nach Venezuela zurückzuschicken, welche sich jährlich auf etwa 1 Mrd. US-Dollar belaufen. Hinzu

kommt, dass Venezuela nicht in der Lage wäre, eine Umschuldung vorzunehmen, um seinen Schuldendienst während der derzeitigen Krise zu reduzieren, da es keine neuen Anleihen ausgeben könnte.

Da die Sanktionen dem staatseigenen venezolanischen Unternehmen CITGO verbieten, seine Gewinne nach Hause zu transferieren, verliert die venezolanische Regierung jährlich eine Milliarde Dollar an Einnahmen.

Anfang November 2018 zog Präsident Trump die Schrauben weiter an, indem er eine Verordnung zu Sanktionen auf Goldexporte aus Venezuela unterzeichnete. Das südamerikanische Land verfügt über eine der weltweit größten Goldreserven und hat begonnen, einen Teil seines Goldes zu verkaufen, um der Wirtschaftskrise entgegenzuwirken. Eine Woche, nachdem Trump sein Dekret verabschiedet hatte, befolgte Großbritannien die Sanktionsvorschriften, indem es sich weigerte, Venezuela 14 Tonnen Goldbarren im Wert von 550 Millionen Dollar auszuhändigen. Dieses Gold gehört Venezuela und wird lediglich in den Tresoren der Bank of England aufbewahrt. Ebenso wie im Fall der CITGO-Profitte fordert Venezuela schlicht zurück, was sein rechtmäßiges Eigentum ist.

Diffamierung der Regierung und Unterstützung der Opposition

Und schließlich wurde Anfang dieser Woche enthüllt, dass die Trump-Regierung erwägt, Venezuela auf die US-Liste der Staaten zu setzen, die den Terrorismus unterstützen, was automatisch zu noch schärferen Sanktionen führen würde. Venezuela als staatlichen Unterstützer des Terrorismus zu etikettieren, ist ebenso lächerlich wie Obamas Aussage, das Land sei eine „außergewöhnliche Bedrohung“ für die nationale Sicherheit der USA. Ein solcher Schachzug zeigt auch, wie weit Washington zu gehen bereit ist, um schwächere Länder zu dämonisieren und zu drangsalieren, die sich weigern, nach seinen Regeln zu spielen.

Die US-Regimewechsel-Taktiken werden mit der Opposition in Venezuela abgestimmt, die hauptsächlich aus den reichen Eliten des Landes besteht, die das Land vor der Wahl von Hugo Chavez lenkten. Die sozialistische Politik des ehemaligen Präsidenten Chavez und des jetzigen Präsidenten Nicolas Maduro hat die Privilegien beschnitten, die diese heimischen Eliten und ausländische Ölfirmen genossen. Als Antwort hat die reiche Opposition des Landes, die die wirtschaftliche Aktivität noch immer dominiert, versucht, die Wirtschaft zu sabotieren, indem sie die Produktion drosselte und dringend benötigte lebensnotwendige Güter ins angrenzende Kolumbien exportierte.

Trotz ihres Reichtums und ihrer wirtschaftlichen Macht braucht die venezolanische Opposition die Unterstützung der mächtigsten Nation der Welt, da sie an der Wahlurne nicht gewinnen kann. Seit 1998 haben die Venezolaner die Präsidenten Chavez und Maduro in einer Wahl nach der anderen mit überwältigender Mehrheit unterstützt. Diese Wahlen wurden von internationalen Beobachtern überwacht und sind wiederholt als frei und fair eingestuft worden.

Ein berühmter Wahlbeobachter, der ehemalige US-Präsident Jimmy Carter, erklärte: „Tatsächlich würde ich ausgehend von den 92 Wahlen, die wir beobachtet haben, sagen, dass das Wahlverfahren in Venezuela das beste der Welt ist.“

Die US-Mainstream-Medien spielen ihre übliche und entscheidende Propagandarolle in Bezug auf Venezuela, indem sie sicherstellen, dass die Öffentlichkeit nur das offizielle Narrativ Washingtons zu hören bekommt. Dieses Narrativ dämonisiert die venezolanische Regierung und hat Chavez und Maduro wiederholt als „undemokratisch“, „autoritär“ und, lächerlicher Weise, als „Diktatoren“ bezeichnet.

Zusätzlich haben die Medien die Aufmerksamkeit auf Lebensmittelengpässe und eine „humanitäre Krise“ gelenkt, die dazu führe, dass Venezolaner das Land verlassen, anstatt auf die bemerkenswerten sozialen Leistungen in der Armutsbekämpfung, der Bildung, dem Wohnungsbau für Arme und der partizipatorischen Demokratie einzugehen.

Unterdessen ist die Tatsache, dass mehr als fünf Millionen Menschen im angrenzenden Kolumbien während der letzten Jahrzehnte gewaltsam aus ihrem Zuhause vertrieben wurden, kaum auf dem Radar der Mainstream-Medien aufgetaucht. Ebenso wenig die Tatsache, dass während der letzten 10 Jahre mehr als 4.000 Kinder vom indigenen Volk der Wayuu in Nordkolumbien an Mangelernährung gestorben sind.

Wir hören nichts von diesen humanitären Krisen, denn die kolumbianische Regierung ist ein befreundetes Regime, das den Interessen der USA dient – genauso wie andere autoritäre Verbündete, deren Menschenrechtsverletzungen die Mainstream-Medien praktischerweise ignorieren.

Dasselbe Spiel in Chile ...

Wie bereits erwähnt ist Washingtons Regimewechsel-Strategie in Venezuela nichts Neues. Tatsächlich ist sie geradezu eine direkte Kopie vorangegangener Regimewechsel-Bemühungen in Lateinamerika. Ein klassisches Beispiel ist Chile nach der Wahl des sozialistischen Kandidaten Salvador Allende zum Präsidenten im Jahr 1970.

Über einen Zeitraum von 18 Monaten finanzierte die CIA heimlich Unternehmen, Ladenbesitzer und LKW-Fahrer, damit sie ihre Arbeit einstellten und streikten, und brachte die Wirtschaft damit erfolgreich „zum Schreien“, indem sie eine Notlage für die chilenische Bevölkerung auslöste, die massive Engpässe bei der Versorgung mit lebensnotwendigen Gütern erdulden musste.

Freigegebene Dokumente enthüllen, dass die USA außerdem oppositionellen Gruppen in Chile finanzielle Unterstützung und Waffen zur Verfügung stellte, während CIA-Agenten mit chilenischen Militäroffizieren zusammenarbeiteten, die einen Putsch zum Sturz von Präsident Allende planten. Bis zum Jahr 1973 hatte man Chile schließlich ausreichend destabilisiert, um einen Militärputsch zu rechtfertigen. Er regierte Chile für die nächsten 18 Jahre als Diktator mit Washingtons Rückendeckung und verwandelte das Land in eine menschenrechtliche Katastrophe.

... in Haiti ...

Ein ähnlicher Prozess spielte sich in Haiti im Jahr 2000 nach der Wahl des katholischen Priesters Jean Bertrand Aristide zum Präsidenten ab. Als gewählter führender Politiker des ärmsten Landes der nördlichen Hemisphäre setzte Aristide in den Bereichen Gesundheit, Bildung und sozialer Wohnungsbau eine Politik um, von der die Armen profitierten. Er verdoppelte außerdem den Mindestlohn, was den Gewinn beschränkte, den im Land agierende Unternehmen aus den USA, Kanada und Frankreich anhäuferten.

Washington und seine imperialistischen Verbündeten reagierten, indem sie wirtschaftliche Sanktionen gegen Haiti verhängten und gleichzeitig Oppositionsgruppen im Land unterstützten. Aristide sah sich zudem mit einer Welle an Gewalt von Seiten paramilitärischer Gruppen konfrontiert, die von den Wirtschaftseliten Frankreichs und Haitis finanziert wurden. Aus freigegebenen Dokumenten geht hervor, dass diese bewaffneten Gruppen ebenfalls in Beziehung zu den USA standen.

Im Jahr 2004, als das Land in Folge von drei Jahren wirtschaftlicher Sanktionen und paramilitärischer Gewalt im Chaos versank, ließen die USA, Kanada und Frankreich Truppen in Haiti einmarschieren, um die Regierung zu stürzen. Die USA setzten einen haitischen Geschäftsmann, der in Miami lebte, als den neuen, nicht gewählten Präsidenten ein. Während Haiti unter ausländischer Militärbesetzung stand, nahm der neue Präsident die meisten der von Aristide umgesetzten politischen Maßnahmen zurück und inhaftierte tausende Oppositionelle.

... und nun in Venezuela

Die derzeitige US-Außenpolitik gegenüber Venezuela wiederholt offensichtlich die Strategien, die man in den vergangenen Jahrzehnten zur erfolgreichen Entmachtung von Regierungen in Lateinamerika eingesetzt hatte. Die USA haben keine Skrupel, erneut die Demokratie zu untergraben und wirtschaftliche Not über Lateinamerikaner zu bringen, wobei diesmal die venezolanische Bevölkerung das Ziel zur Herbeiführung eines Regimewechsels in diesem Land ist.

Brasilien im Umbruch und Schockzustand

von Achim Wahl, Lateinamerikanist

Das vorliegende Manuskript war Grundlage für einen Workshop beim 25. Friedensratschlag in Kassel am 1.12.2018.



Millionen Brasilianern steht von nun an "dank" der makabren Entscheidung Bolsonaros der kubanische Gesundheitsdienst nicht mehr zur Verfügung
Quelle: Araquém Alcântara/Cubadebate

Die neue Rechte

Außerparlamentarisch konnte diese Interimsregierung mit der Unterstützung der neuen Rechten rechnen, die sich in den letzten Jahren herausbildete. Als eine neue rechte Gruppierung trat die „Movimento Livre Brasil“ (MLB – Bewegung Freies Brasilien) seit den Demonstrationen im Juni 2013 in Erscheinung. Sie stellt sich als Basisbewegung dar, wurde aber von der amerikanischen Gruppe „Students for Liberty“ ins Leben gerufen. Diese Gruppe ist mit Unterstützung des Institutes der Kochbrüder (US-Millionäre im Erdölgeschäft, Unterstützer der Tea-Party-Bewegung in den USA) weltweit tätig. Sie sind Verfechter des freien Marktes und identifizieren sich gern mit dem religiösen Opus Dei.

Eine andere rechte Gruppierung ist die „Vem Pra Rua“ (Raus auf die Straße). Diesen Organisationen wurden finanzielle Mittel, Lautsprecher und Propagandamaterial zur Verfügung gestellt. Einige ihrer Anführer wurden in den USA ausgebildet, u.a. im Atlas Network, das verbunden ist mit der Tea-Party-Bewegung. Die neue Rechte propagiert die Freiheit des Marktes als Basis aller Freiheiten. Sie geht auf die Straßen und organisiert sich über Facebook und die Online-Ausgabe des O Globo, eines der reaktionärsten Blätter Brasiliens.

Die Stiftung Koch und das Atlas Network finanzieren Bewegungen in

90 Ländern und haben dafür ein Budget von elf Millionen Dollar. Das Network erhält Mittel von Exxon Mobil, State Policy Network und der Koch-Stiftung (Industrias Koch). Finanzielle Unterstützung erhielten unter anderem das Instituto Milenium, das Instituto Liberal und „Estudantes Pela Liberdade“ (Studenten für die Freiheit). Sie verfügen über feste Strukturen.

Neben diesen rechten Gruppen verstärkte sich der Einfluss der sogenannten Evangelikalen in Brasilien, denen nach Presseangaben etwa 20 Prozent der brasilianischen Bevölkerung angehören. Besonders Einfluss übt diese Bewegung in den Vorstädten der großen urbanen Zentren aus, wo sie eine „Theologie der Prosperität“ predigt (d. h. gutes Leben auf der Erde und nicht im Himmel). Eine zentrale Position für die Evangelikalen nimmt das Instituto Milenium ein.

Das Phänomen Jair Bolsonaro

Seit 2014 begann Bolsonaro, seinen Wirkungsbereich zu erweitern. Besonders die besser gestellten Mittelschichten und die Evangelikalen (oder Pfingstkirche) erhörten seine Kampagne für die „traditionelle brasilianische Familie“, seine Ablehnung von Homosexuellen, Lesben, Transvestiten und der materiellen Bevorteilung der schwarzen Bevölkerung und Frauen zum Nachteil weißer Mittelschichten. Auch der Markt reagierte positiv auf das Aufkommen des ehemaligen Offiziers, der seit 1991 auf den Hinterbänken des brasilianischen Abgeordnetenhauses saß. Im Hintergrund agiert der Wirtschaftsberater Bolsonaros, Paulo Guedes, der offen auf neoliberale Instrumente setzt. Der Kampagne schlossen sich Sektoren der Unternehmerschaft an, die das „Projekt der Veränderung“ Bolsonaros (Weg mit dem 13. Monatslohn, Durchsetzung der Arbeitsgesetzreform und der Rentenreform) offen unterstützen. Nicht ungehört blieb in diesen Kreisen die Vereh-

lung Bolsonaros der Militärdiktatur (1964 - 1985) und seine Hasstiraden gegen alles „Rote“. Bis zur Entscheidungswahl am 28.10.2018 war der Anti-Petismus als Hasskampagne Schwerpunkt im Vorgehen der Opposition und insbesondere der Wahlkampagne des Kapitän Jair Bolsonaros.

Suche nach Ursachen und nach Erklärungen

Die Ursachen sind komplex und verschiedenste Faktoren spielen eine Rolle: einige im Zusammenhang mit äußeren, internationalen Faktoren, andere sind im nationalen Kontext zu suchen.

Da ist z. B. das volatile Wahlverhalten des Bürgers: die neuen Technologien, die sozialen Netzwerke, die stark beeinflussend wirken. Ein Wahlverhalten, was sich nicht aus strukturellen Veränderungen heraus erklären lässt, d.h. die Strukturen blieben die gleichen, nur der Wähler entscheidet anders. Dilma erhielt vor vier Jahren z.B. 55 Mio. Stimmen, Bolsonaro 2018 57 Mio.

Der Wahlsieg Bolsonaros erfolgte zwei Jahre nach dem parlamentarischen Putsch gegen Dilma Rousseff, und wenige Monate nach der Inhaftierung Inácio Lulas da Silva, dem Expräsidenten, der mit fadenscheinigen Beschuldigungen vom Richter der ersten Instanz, Moro, verurteilt wurde. Es herrschten Hass und Verleumdung, unterstützt von den großen Medien und unter der Losung: „Sollen sie alle gehen!“, was als zunehmende Ablehnung des politischen Systems zu werten ist.

Bolsonaro benötigte keine starke Partei. Es entschied faktisch die „Persönlichkeit“/der Individualist wie es in Zeiten des Neoliberalismus üblich ist. Zurückkehrte der Nationalismus, was Bolsonaro als ehemaliger Militär mit eigener Sprache vorexerzierte. Alles Nichtnationale wird abgelehnt. Daher die brutale Sprache gegen Andersfarbige, Frauen, LBTG's.

Andere Faktoren sind im Aufkommen der extremen Rechten weltweit, in der globalen Krise der Demokratie, in

der Ablehnung der Glaubwürdigkeit der Eliten und ihrer Vertreter in staatlichen Institutionen, in der Propagierung der Theologie des Wohlstandes“ als Folge neoliberalen Gedankengutes und der Individualisierung der Gesellschaft und des Fortbestandes konservativen Gedankengutes als Erbe der kolonialen Vergangenheit zu sehen.

Nicht wenige Untersuchungen zum Phänomen Bolsonaro stellen in den Mittelpunkt seine neoliberale Denkweise, die einerseits einen starken Individualismus widerspiegelt und andererseits jeglichen Respekt vor Minderheiten vermissen lässt. Seine Denkweise ist Militarismus im täglichen Leben, elitäres Sozialdenken und direkte Anbindung an die USA, was aktuell seine Positionen als etwas Neues erscheinen lässt.

Soziale Medien als neue Wahlkampfmaschine

Die Idee Mark Zuckerbergs der Nutzung des Facebooks als Mittel des rationalen und autonomen Menschen zu sehen, erlitt in Brasilien (und anderswo!) einen völligen Einbruch: Facebook und WhatsApp wurden zu Mitteln der Desinformation und der Fake News. Bolsonaro verfügte mit Beginn seiner Kampagne über ausreichend Unterstützung aus den sozialen Medien. Das ist in Brasilien mit einer Internetdurchdringung von ca. 70% der Bevölkerung ein erheblicher Vorteil (das erinnert in starkem Maße an die Wahlkampagne von Donald Trump in den USA).

Mit einer Mischung aus Konservatismus und politischem Marketing erreichte Bolsonaro als ultrarechter Kandidat einen bedeutenden Zuwachs an Followern im Internet innerhalb kurzer

Zeit: von im Facebook 4,7 Mio., bei Twitter ca. 620.000 und ca. 600.000 bei Instagram im Facebook auf 7,5 Mio, auf 1,5 Mio. bei Twitter, 4,6 Mio. bei Instagram und auf 1,8 Mio. bei YouTube. Dabei ist die Mehrheit seiner Follower zwischen 18 und 24 Jahren.

Eine kürzlich durchgeführte Studie kam zur Schlussfolgerung, dass 83% der Befragten das Handy für WhatsApp nutzen und 90% Brasilianer einer Netzgruppe angehören. 40% der Bolsonaro-Wähler gaben an, politisches Material über WhatsApp-Gruppen zu verteilen.

Durch ein Attentat mit einem Messerstich am 6. September 2018 verletzt, ging Bolsonaro im Krankenhaus dazu über, sich in der Öffentlichkeit über die sozialen Medien darzustellen. Er nutzte dieses Attentat als willkommene Entschuldigung, um sich nicht öffentlichen Disputen im TV mit anderen Präsidentschaftskandidaten zu stellen. Selbst vor dem zweiten Wahlgang wich er einem Duell mit dem PT-Kandidaten Fernando Haddad aus.

„Brasilien ist nicht verloren“

Mit dieser Aussage erheben Intellektuelle, Menschen aus sozialen Bewegungen, Politiker und vom Wahlergebnis Geschockte ihre Stimme und rufen auf zur Besinnung.

Konfrontiert werden sie alle erst einmal mit der zu erwartenden Politik des Rechten Jair Bolsonaro. Vorauszusehen ist, ohne in Spekulationen zu verfallen, dass

- die Kampagne zur Verdammung der Linkskräfte, der sozialen Bewegungen und Andersdenkenden fortgesetzt wird und - wie Beispiele aktueller Natur zeigen, dass Repressionen nicht auszuschließen sind,

- mit einer deutlichen rechten Mehrheit im Abgeordnetenhaus und Senat werden die dem Kapital zugewandten Kräfte alles unternehmen, um die sozialen Errungenschaften der letzten Jahre rückgängig zu machen (Arbeitsgesetzgebung, Rentenreform, weitere Privatisierungen),

- dass die von Bolsonaro zu bildende Regierung Personen einbeziehen wird, die eine offen neoliberale und repressive Politik realisieren werden (Vizepräsident ist ein ehemaliger General Mourao, Finanzminister wird der Chicago-Boy Guedes, Justizminister der berüchtigte Richter Moro, bereit stehen für weitere Posten ehemalige Militärs),

- auf außenpolitischem Gebiet wird es eine Annäherung an die USA und eine gesuchte Nähe zu Präsident Trump geben, was in Lateinamerika heißt: Isolierung Venezuelas, weitere Annäherung an die Pazifische Allianz und Schulterschluss mit neoliberalen Regierungen in Chile, Kolumbien, Peru und anderen, gleichzeitig aber auch Distanzierung von den BRICS und anderen internationalen Gremien, in denen die PT-Regierungen bisher eine unabhängige Außenpolitik realisierten.

Allerdings stehen vor Bolsonaro eine Reihe wirtschaftlicher und sozialer Probleme, die auf verstärkten Widerstand auch aus Wirtschaftskreisen stoßen können. Dazu zählt in erster Linie die schlechte wirtschaftliche Situation des Landes und die zu erwartenden Reaktionen aus der Bevölkerung bei Durchsetzung der oben genannten „Reformen“.

Das Spiel ist eröffnet: Die zu erwartende Politik Bolsonaros muss, ohne illusionär zu sein, verstärkten Widerstand des brasilianischen Volkes hervorrufen.

Boykott bei Amtsantritt von Bolsonaro in Brasilien

Zur Amtseinführung haben sich die Sicherheitskräfte wie auf einen Kriegsfall vorbereitet, berichten lokale Medien. [...]

An der Amtseinführung nahmen zwölf Staatsoberhäupter teil. Aus Lateinamerika reisten die Präsidenten Tabaré Vázquez (Uruguay), Evo Morales (Bolivien), Sebastián Piñera (Chile), Juan Orlando Hernández (Honduras), Mario Abdo Benítez (Paraguay) und Martín Vizcarra (Peru) an.

Die Einladungen an die Regierungen von Kuba, Venezuela und Nicaragua waren zurückgezogen worden. [...]

Hingegen reisten mit Benjamin Netanyahu und Viktor Orbán zum ersten Mal der israelische bzw. ungarische Ministerpräsident an. Bolsonaro hat zuletzt international den Schulterschluss mit rechtsgerichteten und autoritären Regierungen gesucht. [...]

Nur 46 Regierungsdelegationen nahmen an der Amtseinführung teil. Bei den PT-Präsidenten Luiz Inácio Lula da Silva, Lula und Dilma Rousseff waren es 110 bis 130.

Quelle: amerika21 (2.1.2019)

Regime Change in der Ukraine – eine Zwischenbilanz

Kees van der Pijl: *Der Abschuss – Flug MH17, die Ukraine und der neue Kalte Krieg*

pappyRossa-Verlag, ISBN 978-3-89438-649-8, 358 Seiten, €19,90



Der Autor Kees van der Pijl ist emeritierter Professor der University of Sussex / Großbritannien. Von ihm stammen bereits umfassende Analysen über transnationale Klassen und zur globalen politischen Ökonomie. Zudem ist er niederländischer Anti-kriegsaktivist.

Obwohl der Titel nahelegt, dass es in dem Buch vor allem um den Abschuss der MH17 geht, ist der Inhalt hauptsächlich auf den gesamten Kontext dieses Verbrechens ausgerichtet.

Dazu wird im ersten Kapitel die gesamte Vorgeschichte aufgerollt, vor allem die Osterweiterung der NATO nach 1990, d.h. Themen, die hierzulande im wesentlichen aus anderen Veröffentlichungen bereits bekannt sind. Weniger bekannt ist bei uns hingegen die Entwicklung der ukrainischen Oligarchie mit den dort bereits in der Vergangenheit vorhandenen Bruchlinien. Die vom Autor sehr gründlich recherchierte Darstellung im zweiten Kapitel liest sich teilweise wie eine Mafia-Kriminalgeschichte.

In dem dritten Kapitel wird die eigentliche Geschichte von Maidan-Aufstand und Regime Change behandelt. Diese stellt ein komplexes und nicht widerspruchsfreies - überwiegend verdecktes - Vorgehen der USA und der EU dar. Der berechtigte Widerstand der ukrainischen Regierung Janukowytch gegen das von der EU auf-

gedrückte Assoziierungsabkommen machte diese zur Zielscheibe einer US-gesteuerten Regime Change Strategie. Der gleichzeitig in der Bevölkerung zu recht vorhandene Protest gegen die korrupte Oligarchenherrschaft konnte im Zusammenspiel mit faschistischen Kräften und enormen US-Geldbeträgen deshalb relativ leicht instrumentalisiert werden.

Das Kapitel zum Abschuss der MH17 ist eingebettet in die Darstellung des Bürgerkrieges im Donbass, der zunächst mit US-Beteiligung forciert wurde, was erhellend ist für deren geopolitische Vorgehensweise. In diesem Konflikt ging es vor allem darum, das Narrativ einer „russischen Invasion“ zu propagieren und damit die nach der Angliederung der Krim an Russland entstandenen Spannungen weiter zu eskalieren. Dieses erfolgte durch Wirtschaftssanktionen gegen Russland, die seitens der USA einen Tag vor dem Abschuss der MH17 verhängt wurden. Die EU – mit einem zehnfach größeren Handelsvolumen mit Russland als die USA - zögerte zunächst, diesen zu folgen, gab jedoch ihren Widerstand nach dem Abschuss der MH17 auf. Bekanntlich hatte dieser sofort ein Trommelfeuer an Schuldzuweisungen an Russland zur Folge.

Wie bei den meisten Konfliktsituationen erweisen sich Einzelereignisse als maßgebend, die sich zumeist im Nachhinein als „false flag“-Operation für eine propagandistische Eskalation herausstellen. In diesem Fall war der MH17-Abschuss zwar kein Auslöser, aber der zur Durchsetzung von Wirtschaftssanktionen wirkungsvolle Katalysator.

Bis heute ist es immer noch spekulativ, wer für den Abschuss der MH17 verantwortlich ist und unter welchen Umständen dieses tatsächlich erfolgte (BUK-Theorie oder Kampfjet). Dass eine umfassende und abschließende Aufklärung nicht erfolgt ist, hat damit zu tun, dass sowohl seitens der USA wie auch Russlands vorhandene Daten aus der Luftraum- und Weltraumüberwachung aus militärischen Erwä-

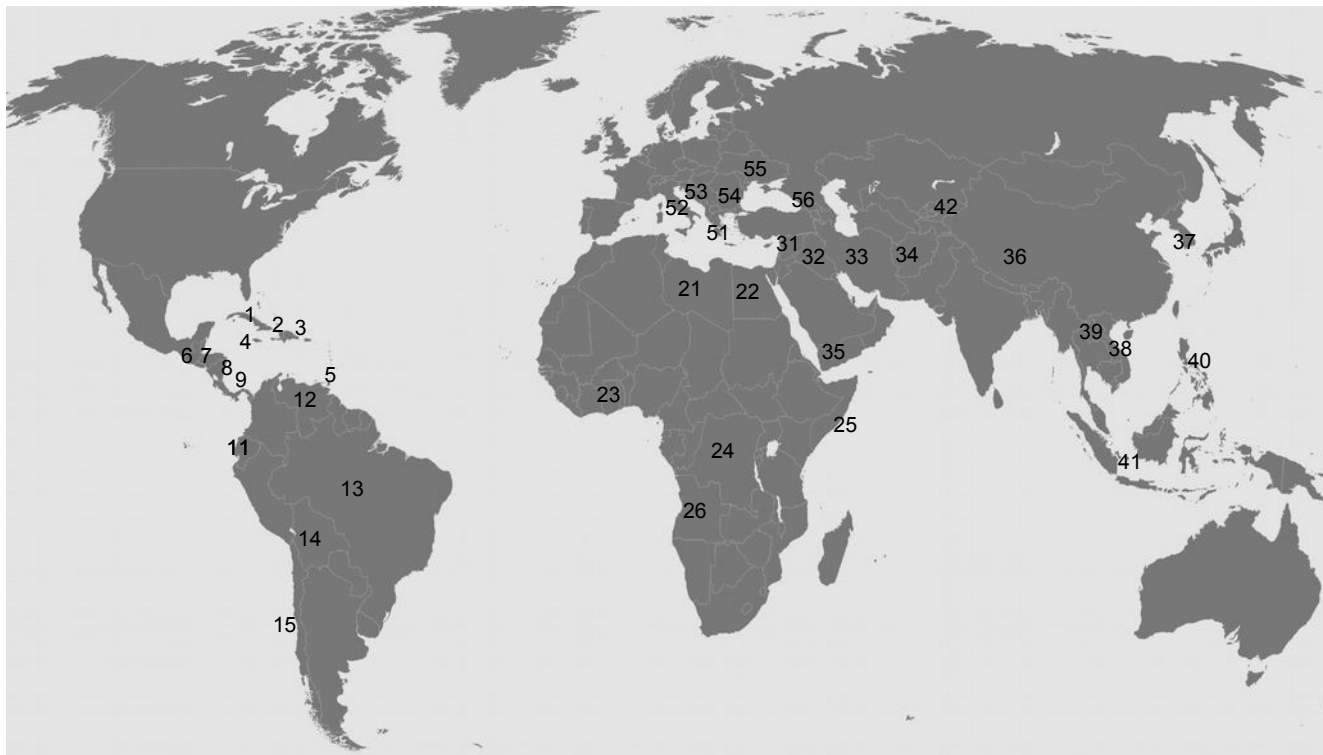
gungen offensichtlich zurück gehalten werden.

Der Autor unterliegt nicht der Versuchung, seine persönliche Erklärung zu den Hintergründen des MH17-Abschusses zu propagieren. Es gibt nach wie vor nur eine mehr oder weniger große Wahrscheinlichkeit für die eine oder andere Hypothese bzw. Theorie zum Abschuss. Eindeutig ist lediglich, in wessen Interesse der Abschuss erfolgte.

Im letzten Kapitel „Ein gescheiterter Staat an der Ostfront der NATO“ wird zunächst die widersprüchliche Geschichte der MH17-Untersuchung behandelt, unter Leitung der Niederlande, aber mit Vetorechten aus Kiew. Umfassend analysiert wird dann, welche Zwischenbilanz des Regime Change in der Ukraine sich aus heutiger Sicht ergibt. Erfolgreich war dieser lediglich im Sinne der globalstrategisch gewünschten Konfrontationspolitik gegenüber Russland. Nicht erfolgreich war der Regime Change in der Ukraine jedoch nach Analyse des Autors als „der größte konzertierte Versuch einer neoliberalen Wende, bei der allerdings die Gegenreaktion mit der Angliederung der Krim nicht eingeplant war. Der große Verlierer ist jedoch die Bevölkerung der Ukraine, das Land, das seit 2014 einen beispiellosen wirtschaftlichen Niedergang erlebt hat, mit massivem Bevölkerungsschwund durch Arbeitse migration. Statistisch ist die Ukraine aktuell das ärmste Land in Europa.

Als Fazit lässt sich festhalten: Kees van der Pijl stellt mit seiner Analyse nicht nur den Ukraine-Konflikt als solchen gut recherchiert dar. Er liefert auch exemplarisches Anschauungsmaterial, wie geostrategisches Machstreben zwar den aus einer Kombination von offenen und versteckten Methoden gewünschten Regime Change herbeiführen kann, dieser aber im Ergebnis nur zu Chaos und Barbarei führt. Der Abschuss der MH17 hat deshalb wesentlich zum „Abschuss“ der Ukraine beigetragen.

Karl-Heinz Peil



Gelungene oder versuchte Regime Change mit US-Beteiligung nach 1945

Zusammenstellung von der Redaktion Friedensjournal (siehe Anmerkungen)

Mittelamerika und Karibik

- [1] **Kuba** 1959 bis heute:
u.a. Schweinebucht 1961
- [2] **Haiti** 2004: Militärintervention und Sturz von Präsident Aristide
- [3] **Dominikanische Republik** 1963: Sturz Präsident Bosch mit CIA
- [4] **Jamaika** 1976-80: Aktivitäten gegen sozialistische Regierung
- [5] **Grenada** 1983: Invasion und US-Besetzung
- [6] **Guatemala** 1954: Söldnerinvasion und Sturz von Präsident Guzman
- [7] **Honduras** 2009: Militärputsch mit US-Billigung
- [8] **Nicaragua** 1981 -90: Contra-Terror mit USA (siehe IGH-Urteil 1986)
- [9] **Panama** 1989: US-Invasion und Entführung Präsident Noriega

Südamerika

- [11] **Ecuador** 1960-63: Militärinterventionen
- [12] **Venezuela** u.a. 2002 Putschversuch gegen Chavez
- [13] **Brasilien** 1962-64: Sturz Präsident Goulart mit CIA-Logistik
- [14] **Bolivien** 1971: Militärputsch durch General Banzer mit CIA-Hilfe
- [15] **Chile** 1973: Militärputsch durch Pinochet mit CIA-Vorbereitung

Afrika

- [21] **Libyen** 1980er und 2011:
u.a. US-Bombardierung 1986
- [22] **Ägypten** 1957: Putschversuch gegen Präsident Nasser
- [23] **Ghana** 1966: Militärputsch mit CIA-Logistik
- [24] **Kongo / Zaire** ab 1960: u.a. Ermordung Präsident Lumumba
- [25] **Somalia** ab 1992 Bürgerkrieg US-Drohnenkrieg ab 2007
- [26] **Angola** 1975 – 2002: Bürgerkrieg US-Unterstützung UNITA

Asien

- [31] **Syrien** 1957: CIA-Aktivitäten ab 2011: Söldner-Finanzierung
- [32] **Irak** 1963, 1991, 2003
u.a. Sturz Hussein
- [33] **Iran** 1953: Sturz von Präsident Mossadegh durch CIA-Putsch
- [34] **Afghanistan** ab 1980: Mudscha-hedin-Unterstützung, seit 2001: Besetzung und militär. Präsenz
- [35] **Jemen** ab 2002: Kampfdrohnen ab 2015 Krieg Saudi-A. Mit USA
- [36] **China** 1959: Aufstand in Tibet mit CIA-Unterstützung
- [37] **(Süd-)Korea** 1950
- [38] **Vietnam** 1945 bis 1973
- [39] **Laos** 1955 und 1964 bis 1973 als

Teil des Vietnam-Krieges

- [40] **Philippinen** ab 1950 als Hauptstützpunkt der CIA in Fernost
- [41] **Indonesien** 1965: Sturz von Präsident Sukarno
- [42] **Kirgisien** 2005: Tulpenrevolution

Europa

- [51] **Griechenland** 1967: Putsch nach NATO-Plan „Prometheus“
- [52] **Italien** ab 1948: CIA-Aktivitäten gegen KPI-Regierungsbeteiligung
- [53] **Jugoslawien** 1992 bis 2000: (Bosnien, Serbien, Kosovo)
- [54] **Osteuropa** 1989 (u.a. Polen, Rumänien, Bulgarien)
- [55] **Ukraine** 2004: Orange Revolution, 2014: US-geführter Putsch
- [56] **Georgien** 2003: Rosenrevolution

Anmerkungen der Redaktion: Vorliegende Zusammenstellung beschränkt sich auf Interventionen nach 1945 und ist deshalb abweichend von der Wikipedia-Grafik auf der Titelseite, welche zudem auch indirekte Einflussnahmen bei Wahlen beinhaltet.

Die Zusammenstellung ist insbesondere bezüglich Europa unvollständig, da die Eingrenzung auf offiziell zugegebene Interventionen schwierig ist.

Quellen: Peter Becker (siehe S. 3 -5), R. Mausfeld: Warum schweigen die Lämmer, D. Ganser: NATO-Geheimarmeen in Europa / Illegale Kriege, Wikipedia u.a., Grafik: Friedensjournal

Aktionsjahr 2019: Gibt es ein gemeinsames Interesse an Frieden und Abrüstung?

von Karl-Heinz Peil, Friedens- und Zukunftswerkstatt e.V.



Ein Bericht zum Abschlussplenum des 25. bundesweiten Friedensratschlages am 2.12.2018 in Kassel.

Im Abschlussplenum des 25. Friedensratschlages ging es diesmal darum, Vertreter*innen aus der Friedensbewegung und anderen sozialen Bewegungen zusammen zu bringen unter den Fragestellungen: Welche Basis haben wir, um die Friedensfrage dort zu platzieren, wo diese bisher kaum eine Rolle gespielt hat und wie kann dieses zur Stärkung der Friedensbewegung insgesamt beitragen?

Nachdem im zurück liegenden Jahr 2018 die sozialen Bewegungen einen großen Aufschwung erlebt haben, stellte sich diese Frage zwangsläufig. Wo steht und wohin entwickelt sich die Friedensbewegung angesichts neuer Arbeitskämpfe, Aktionen gegen Rechtsruck, Rassismus, soziale Spaltung und für Solidarität mit Flüchtenden? Auch die neuen Impulse durch die Sammelbewegung „Aufstehen“ kamen in die Diskussion.

20 Wochen Büchel

Marion Kúpker vom Kampagnenrat „Büchel ist überall. Atomwaffenfrei jetzt“ berichtete über das zurück liegende Aktionsjahr, mit der im Vergleich zum Vorjahr wesentlich stärkeren Unterstützung zahlreicher Gruppen mit Vor-Ort-Präsenz. Insbesondere kirchliche Gruppen waren sehr stark involviert, wozu auch die Projektgrup-

pe „Kirchen gegen Atomwaffen“ beige-tragen hat. Diese hat sich Ende 2017 auf Initiative des badischen Forums Friedensethik gebildet, mit Christinnen und Christen aus mehreren evangelischen Landeskirchen sowie der katholischen Friedensbewegung Pax Christi.

Die Planungen für 2019 sehen vor, dass wiederum über 20 Wochen gegen die in Büchel lagernden Atombomben demonstriert werden soll. Dabei werden wieder mehrere Dutzend Organisationen mit vielfältigen Aktionen präsent sein. Im Juli und August 2019 wird ein Friedenscamp durchgeführt, an dem zahlreiche Personen aus den USA und dem europäischen Atomwaffen-Widerstand beteiligt sind.

Der zeitliche Schwerpunkt liegt 2019 auf dem Monat Juli. Für den „Kirchentag“ in Büchel am 7. Juli 2019 hat die ehemalige EKD-Ratsvorsitzende Margot Käßmann bereits zugesagt.

Marion Kúpker wörtlich: „Ziviler Ungehorsam muss wieder erlebbar werden. Büchel ist ein Ansatz, um dieses erlebbar zu machen.“

Abrüsten statt aufrüsten

Für Reiner Braun als Mitglied des Arbeitsausschusses der Initiative „Abrüsten statt aufrüsten“ richtet sich der Aufruf bei den derzeit umfassenden Kriegsvorbereitungen auf den Nerv der Kriegstreiber. Deren anvisiertes Ziel der Militärausgaben mit 2% des BIP ist als Voraussetzung für eine neue Welt-

ordnungs- und Kriegspolitik anzusehen.

Reiner Braun verwies auch darauf, dass alle laufenden und in Vorbereitung befindlichen Kriege unter US-Teilnahme über die US Air Base Ramstein laufen. Deshalb hat die für 2019 geplante Aktionswoche vom 23. bis 29. Juni 2019 wieder einen hohen Stellenwert für die Friedensbewegung. Hierbei wird die internationale Zusammenarbeit ebenso eine Rolle spielen wie bei noch festzulegenden Aktionen gegen die NATO, deren 70. Gründungstag am 4. April 2019 ansteht.

Politische Arbeitskämpfe

Jan von Hagen war als ver.di-Sekretär Verhandlungsführer und Streikleiter bei den Arbeitskämpfen an den Unikliniken in Düsseldorf und Essen. Deren Bedeutung lag darin, dass ein Pflegekräftestreik – wie er erstmals 2016 in Berlin an der Charité erfolgte – vor fünf Jahren noch nicht denkbar gewesen wäre. Der 12 Wochen andauernde Streik, an dem sich über 1500 Beschäftigte beteiligten, war letztlich erfolgreich. Für diesen Streik um bessere Arbeitsbedingungen musste ver.di die Mechanismen des deutschen Gesundheitssystems thematisieren, womit der Arbeitskampf auch eine politische Dimension erhielt. Das Ergebnis beinhaltet einen deutlichen Stellenaufbau und damit reduzierte Belastungen für das Pflegepersonal.

Dass die Unterfinanzierung des Gesundheitswesens mit der Überfinanzierung der Militärausgaben einhergeht, ist insbesondere den Beschäftigten in den Krankenhäusern leicht vermittelbar. Dennoch ist es schwierig, die Friedensfrage in die Betriebe zu bringen.

Jan von Hagen griff deshalb die friedenspolitischen Forderungen auf mit dem Hinweis, man müsse die bisherige Redewendung "Wir müssen das auf die Straße bringen" erweitern mit "Wir müssen das in die Betriebe bringen". Würde jedes siebte Gewerkschaftsmitglied den Aufruf „Abrüsten statt aufrüsten“ unterschreiben, wären wir bei einer Million Unterzeichnern.

Zur Verstärkung der Gewerkschaften in der Friedensbewegung sieht Jan von Hagen zwei Ansätze für 2019: Zu den Ostermärschen sollte eine zentrale Unterstützung durch Gewerkschaften angestrebt werden. Zum 1. Mai muss die Friedensfrage hingegen jeweils vor Ort in die Kundgebungen hinein getragen werden.

Bündnisbreite und Konsensfähigkeit

Corinna Genschel von der Kontaktstelle für soziale Bewegungen der Bundestagsfraktion DIE LINKE berichtete über die Vorgeschichte der #unteilbar-Demo in Berlin am 13.10. Ausgangspunkt war der Aufruftext im August. Anfang September konnte mit der Liste der Erstunterzeichner die Mobilisierung zur Großdemo gestartet werden. Gezählt wurden am 13.10.2018 schließlich mehr als 240.000 Menschen in Berlin.

Als besonderen Erfolg wertete sie die ansatzweise erfolgte Verknüpfung verschiedener Bereiche, die natürlich auch erweiterbar ist, wie bereits das nachfolgende bundesweite Vernetzungstreffen des Bündnisses am 17. November in Berlin gezeigt hat. Dass die Friedensfrage in dem Aufruftext vom August 2018 nicht enthalten war, wurde natürlich kritisch diskutiert, wenngleich das Friedensthema bei der Demonstration und der Abschlusskundgebung durchaus präsent war. Dazu wurde die Gegenfrage gestellt: Was haben wir selbst dafür getan, um diesbe-

züglich Einfluss zu nehmen? Zur ebenfalls kritisch diskutierten Bündniskonstellation bei #unteilbar wurde darauf hingewiesen, dass auch in der Friedensbewegung schon immer ein Zusammenwirken unterschiedlicher gesellschaftlicher Kräfte maßgebend gewesen und kein Bündnis optimal in der Zusammensetzung sei. Wenig hilfreich sind dabei punktuelle Debatten, wie sie vor allem im Internet geführt und von persönlichen Befindlichkeiten geprägt sind. Notwendig sei dabei vor allem die Rückkehr zu einer solidarisch geprägten Diskussionskultur früherer Jahre. Corinna Genschel betonte: „Die Fokussierung auf das Gemeinsame ist mehr als ein Minimalkonsens.“

Fokussierung und Vielfalt

Die Debatte über eine thematische Fokussierung bei gleichzeitiger Verknüpfung verschiedener Themenfelder wurde nicht nur bezüglich anderen sozialen Bewegungen, sondern auch als wichtige Frage innerhalb der Friedensbewegung geführt. So wird z.B. bei der Kampagne „Stopp Air Base Ramstein“ die Forderung nach Kündigung des Truppenstationierungsabkommens mit den USA im kommenden Jahr hoch aufgehängt. Die Frage nach thematischer Vielfalt und gleichzeitiger Konzentration immer wieder neu gestellt werden müssen. Die aktuellen Herausforderungen für die Friedensbewegung wurden wie folgt zusammengefasst:

1. Die Gewerkschaften sind intensiver mit einzubeziehen.
2. Der Zusammenhang von Umwelt- und Friedensfragen erfordert ein Zugehen auf Umweltverbände.
3. Bei weiteren „Seebrücke“-Aktionen ist das Friedensthema stärker einzubringen, wie z.B. in Hamburg auf einem Transparent gesehen mit „Flüchtlinge brauchen Abrüstung“.

4. Wir müssen mehr die Herzen der Menschen erreichen, wie es z.B. Udo Lindenberg mit seinem neuen Friedenslied („Wir ziehen in den Frieden“) angestoßen hat.

Willi van Ooyen verwies als Moderator darauf, dass im April mehr Ostermärsche stattfinden sollten, damit mehr Menschen vor Ort mitmachen und damit der positive Trend des zurückliegenden Jahres fortgesetzt werden kann.

Einige Fragen blieben bei dem Abschlussplenum offen, da traditionell der Friedensratschlag ein Forum des informellen Austauschs und keine (beschlussfassende) Planungskonferenz ist, wie dieses seitens der Initiative „Abrüsten statt aufrüsten“ für den 10. Februar in Frankfurt a.M. terminiert ist. Wie die Aktionen Anfang April 2019 zum 70. Jahrestag der NATO-Gründung aussehen, wird dort ebenso behandelt werden, wie die Frage, ob eine Großaktion der Friedensbewegung vor den EU-Wahlen am 26. Mai 2019 gestemmt werden kann.

25 Jahre Friedensratschlag

von Horst Trapp, Auszug aus der Rede zur Vorabendveranstaltung des 25. Friedensratschlages am 30.11.2018

Als wir uns vor einem Vierteljahrhundert nach Thüringen zu einem Ost-West-Treffen aufmachten wussten wir noch nicht, was uns dort erwarten würde. Willi van Ooyen und ich hatten zu dieser Begegnung westdeutsche Friedensbewegte eingeladen. Bärbel Schindler Saefkow vom *Friedensrat der DDR* lud ostdeutsche Friedensbewegte ein. Wir verstanden uns zwischen Ost und West sofort. An die viel beschworene Friedensdividende glaubten wir nicht. Denn wie war die Vorgeschichte?

Die politische Klasse der alten BRD hatte sich schon längst geoutet. Nach zwei von Deutschland begonnenen und verlustreich verlorenen Weltkriegen stand sie den USA in ihrem weltweit geführten Krieg gegen den Sozialismus zur Seite. [...]

Dagegen sind wir gemeinsam aufgestanden. Aus der Meinungsmehrheit der Bevölkerung gegen Aufrüstung und Krieg wollten und wollen wir politisch handelnde Mehrheiten machen.

Unsere Vereinbarung war, einen gemeinsamen Friedensratschlag durchzuführen. Als Ort wählten wir Kassel, zentral gelegen, aber vor allem mit einem überragenden *Kasseler Friedensforum*. Mit unserem unvergessenen Peter Strutyński, mit Frank Skischuss, Werner Ruf und Silvia Gingold. Silvia, die Tochter des Antifaschisten Peter Gingold, wird immer noch vom Verfassungsschutz überwacht, während die Neonazis unsere Straßen unsicher machen. Unsere Verfassung, die wir vor ihren Schützern schützen müssen, ist bei uns gut aufgehoben. [...]

Wir wahren unsere politische und finanzielle Unabhängigkeit, gestalten unsere Arbeit ausschließlich ehrenamtlich mit offenen Beratungsgremien. Wir diskutieren die anstehenden politischen Probleme. Aber wir reden nicht nur darüber. Wir greifen aktiv in die politischen Auseinandersetzungen ein. Die Zusammenarbeit mit dem anderen bundesweiten Friedensbündnis *Kooperation für den Frieden* entwickelte sich gut. Mit der Zusammenarbeit bei der Initiative „abrüsten statt aufrüsten“ haben wir die wichtige Rolle der Gewerkschaften weiter schätzen gelernt. [...]

Kompletter Redebeitrag auf www.friedensratschlag.de

Dokumentation des 25. Friedensratschlages 2018

Von dem 25. Friedensratschlag am 1. und 2.12.2018 liegen bereits zahlreiche Video-Mitschnitte vor, wie nachfolgend zusammen gestellt. Diese können u.a. über die Homepage www.friedensratschlag.de aufgerufen werden.



Marlis Tepe:
Die Gewerkschaftsbewegung im
Kampf für Frieden und Abrüstung



Norman Paech:
Der Israel/Palästina-Konflikt



Karin Leukefeld: "Great Game" um
Syrien - wie der Frieden verhindert
wird



Lühr Henken: Deutsche Aufrüstung
und kein Ende?



Rolf Gössner:
Auf dem Weg zum Polizei- und
Überwachungsstaat?



Reiner Braun:
Abrüsten statt aufrüsten



Andreas Fisahn: Die Welt in
Unordnung – Kriegsursachen und
neue Kriegsgefahren



Werner Ruf:
Deutschland auf dem Weg
zur Weltmacht?



Claus-Dieter König:
Geostrategische Interessen in Afrika
und neuer Kolonialismus

Kasseler Schriften
zur Friedenspolitik

Lühr Henken (Hrsg.)

Abrüsten statt Aufrüsten

Konfliktanalysen und Lösungs-
ansätze aus der Friedensbewegung

JENIOR
Verlag • Kunst

Das Ratschlagsbuch 2017

Beiträge von:
Jacqueline Andres * Martin Baraki *
Murat Çakır * Erhard Crome *
Heidemarie Dann * Kai Ehlers * Rolf
Gössner * Harri Grünberg * Joachim
Guilliard * Uwe Hirsch * Wolfgang Lemb
* Karin Leukefeld * Mosshen Massarat
* Jochen Nagel * Norman Paech *
Freya Pillardy * Anne Rieger * Thomas
Roithner * Werner Ruf * Ingar Solty *
Rainer Werning

344 Seiten | Kartoniert
ISBN: 9783959780551, 15 Eur
Bestellen beim Antiquariat & Verlag
Winfried Jenior (www.jenior.de)

Erschienen im November 2018

**FRIEDEN STATT
AUFRÜSTUNG!
NEIN ZUM KRIEG!**

**ANTI
SIKO
DEMO**

**SA, 16. FEB.
MÜNCHEN 2019
13⁰⁰ STACHUS**

www.sicherheitskonferenz.de
www.antisiko.de #ANTISIKO

**AKTIONSBÜNDNIS GEGEN DIE
NATO-SICHERHEITSKONFERENZ**